

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am**  
**04.06.2009**

---

Tagungsort:       Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr  
                    Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn:            17:00 Uhr  
Sitzungspause:   18:55 bis 19:15 Uhr  
Ende:              19:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Barbara Schneider

CDU

Frau Eva Maria Bacso

Frau Gerda-Maria Hirse

Herr Dietrich Kögler

Frau Patrizia Wehmeyer

abwesend ab 18:45 Uhr, TOP 16.1

Herr Achim Weigert

SPD

Herr Ottokar Baum

Frau Elke Gerdes

abwesend ab 19:10 Uhr, TOP 17

Herr Ole Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Brunnert

Frau Gudrun Flegel-Hoffmann

Frau Elke Herting

Frau Hannelore Pfaff

BfB

Herr Manfred Witte

FDP

Herr Gebhard Spilker

Von der Verwaltung / externe Berichterstatter:

Herr Brüggensieker, v.B.A. Bethel

Herr Groß, Bauamt

Herr Last, Freiwillige Feuerwehr Löschabteilung Gadderbaum/Bethel

Herr Moog, Bauamt

Frau Reuter

Herr Sprenger, v.B.A. Bethel

Herr Wörmann, Umweltamt

Frau Stude, Büro des Rates

Herr Ellermann, Büro des Rates, Schriftführer

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksvorsteherin Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Frau Schneider schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 12 (Schulhoferweiterung Martinschule) vorzuziehen, da der Berichterstatter noch einen anderen Termin wahrzunehmen habe. Sie bittet außerdem um Verständnis, dass die Marketing GmbH heute noch nicht über das Projekt „Ab in die Mitte“ (TOP 7) berichten könne, weil das Bewilligungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Der Punkt solle abgesetzt und bis zur nächsten Sitzung vertagt werden. Frau Schneider regt außerdem an, Tagesordnungspunkte vorzuziehen, sobald der/die Berichterstatter/in anwesend ist.

### Beschluss:

- 1. Der Tagesordnungspunkt 12 (Schulhoferweiterung Martinschule) wird nach Punkt 2 verhandelt.**
- 2. Der Tagesordnungspunkt 7 (Bericht zum Projekt „Ab in die Mitte“) wird abgesetzt und bis zur nächsten Sitzung vertagt.**
- 3. Tagesordnungspunkte werden vorgezogen, sobald der/die Berichterstatter/in anwesend ist.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 1**

### **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

#### **Tempo 30 km/h im gesamten Eggeweg und Kanalbau**

Zunächst verweist Frau Schneider auf ein Antwortschreiben an Herrn Brinkmann vom 27.05.2009 zu Fragen aus der Einwohnerfragestunde vom 23.04.2009 (TOP 1) mit folgendem Inhalt:

*„Sehr geehrter Herr Brinkmann,*

*in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum haben Sie gefragt, weshalb im Quellenhofweg trotz der neuen Buslinienführung eine Rechts-vor-links-Regelung im Tempo-30 km/h-Bereich möglich sei, hingegen im Eggeweg von moBiel vor einer gleichen Geschwindigkeitsbegrenzung Gehwegüberfahrten gefordert würden.*

Dazu hat die moBiel GmbH mit Schreiben vom 27.05.2009 mitgeteilt:

„Gerne nehmen wir zu der Anfrage des Herrn Brinkmann im Rahmen der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 23.04.2009 bezüglich der Tempo-30-Regelungen im Eggeweg und im Quellenhofweg Stellung.

Durch Tempo-30-Regelungen kommt es in der Regel zu Fahrzeitverlängerungen, die betriebliche und wirtschaftliche Auswirkungen bis hin zum Einsatz zusätzlicher Busse haben können, z.B. wenn aufgrund der Fahrzeitverlängerung die Pausenregelungen nicht mehr eingehalten werden können. Rechts-vor-links-Regelungen vermindern den Fahrkomfort für unsere Fahrgäste deutlich, da unsere Fahrer vor jeder Einmündung abbremsen und danach wieder beschleunigen müssen. Daher sind aus unserer Sicht beide Regelungen – Tempo-30 und Rechts-vor-links – möglichst zu vermeiden.

Dort, wo unsere Busse aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ohnehin kaum schneller fahren können, stimmen wir Tempo-30 in Ausnahmefällen zu – wie im aktuellen Fall des Eggeweges. Komforteinbußen durch Rechts-vor-links-Regelungen sind aber auch in solchen Fällen möglichst auszuschließen. Im Quellenhofweg und im Eggeweg waren bzw. sind die planerischen Voraussetzungen sehr unterschiedlich. Die StadtBuslinie 28 (vorher Linie 116) befährt den Eggeweg bereits seit Jahren, und die Tempo-30-Zone soll im Nachhinein ausgewiesen werden, was zu den oben genannten betrieblichen Auswirkungen auf eine bestehende Linie führen würde. Im Quellenhofweg hingegen wurde eine Buslinie in eine Straße mit bestehender Tempo-30-Regelung gelegt. Somit war es bereits im Rahmen der Planung möglich, die hier gültige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zu berücksichtigen und die Fahrzeiten entsprechend „großzügiger“ festzulegen.

Auch die Rechts-vor-links-Regelungen hatten im Quellenhofweg bereits Gültigkeit, bevor unsere StadtBuslinie 121 eingeführt wurde, und mussten daher bei der Planung als Rahmenbedingung akzeptiert werden. Um die Einschränkungen des Fahrkomforts für unsere Fahrgäste trotzdem so gering wie möglich zu halten, haben wir bei der Planung der Haltestellenpositionen in Fahrtrichtung Bethel darauf geachtet, dass diese möglichst unmittelbar vor den Einmündungen errichtet werden. So kann die Zahl der Abbrems- und Beschleunigungsvorgänge minimiert werden, da der Bus zum Fahrgastwechsel ohnehin anhalten muss – ein erneutes Halten vor der Einmündung entfällt. Dieser Grundsatz konnte an den Haltestellen Remterweg, Quellenhof und An der Rehwiese realisiert werden, lediglich an der Handwerkerstraße ließen die örtlichen Gegebenheiten eine entsprechende Haltestellenposition nicht zu. In Fahrtrichtung Brackwede bestehen im Quellenhofweg keine Einmündungen mit Rechts-vor-links-Regelung.“

Das Amt für Verkehr hat dazu ergänzend heute mitgeteilt:

„Die moBiel GmbH hat im oberen Eggeweg keine Gehwegüberfahrten sondern lediglich die Beibehaltung der derzeitigen Vorfahrtsregelung gefordert. Grundsätzlich ist dies auch möglich, indem an den Einmündungen die Vorfahrt mit Verkehrszeichen beschildert wird. Diese Lösung scheidet im Eggeweg aus, da dort im unteren Eggeweg bereits eine langjährige Tempo-30-Zone mit Rechts-vor-links-Regelung und Gehwegüberfahrt besteht. Aus Gründen der Verkehrssicherheit soll innerhalb einer

*Tempo-30-Zone im Verlauf einer durchgehenden Straße nach der Straßenverkehrsordnung eine stetige Vorfahrtregelung erfolgen.“*

*Sofern sich neue Erkenntnisse ergeben, werde ich diese zusätzlich in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 04.06.2009, ab 17:00 Uhr im Feuerwehrgerätehaus, bekannt geben (Tagesordnungspunkt 2).*

*Sie hatten in der letzten Sitzung außerdem gefragt, ob in den nächsten Jahren am unteren Eggeweg Kanalbaumaßnahmen geplant seien, da sich bei starkem Regen das Wasser bis in die Keller der Häuser zurück stauen würde. Ich hatte erklärt, dass es derartige Planungen gebe, allerdings müsse vor einer Vergrößerung des Kanaldurchmessers im Eggeweg das geplante Regenrückhaltebecken auf dem jetzigen Sportplatz „Bolbrinker“ fertig gestellt sein.*

*Dazu möchte ich nach Rücksprache mit dem städtischen Umweltbetrieb noch folgendes hinzufügen:*

*Auch der Gewässerausbau der verrohrten Weser-Lutter ist Voraussetzung für die Vergrößerung der Kanalisation im Eggeweg. Die zeitliche Umsetzung der Maßnahmen war ursprünglich wie folgt vorgesehen:*

<i>Bau Regenrückhaltebecken „Bolbrinkersweg“</i>	<i>2009 – 2010</i>
<i>Gewässerausbau Weser – Lutter</i>	<i>2011 – 2015</i>
<i>Kanalbaumaßnahmen Eggeweg</i>	<i>ab 2015</i>

*Aufgrund der noch nicht geklärten Voraussetzungen (Ersatz für den Sportplatz, Grundstücksfragen, Versorgungsleitungen) ist es jedoch sehr fraglich, ob dieser Zeitplan eingehalten werden kann.“*

### **Weitere Fragen**

**Herr Christoph Brinkmann, Eggeweg 4.**

fragt, wie die Bezirksvertretung bezüglich der erforderlichen Mittel zwecks Errichtung von Gehwegüberfahrten im Eggeweg (65.000,-- Euro) weiter zu verfahren beabsichtige.

Frau Schneider antwortet, dass die Bezirksvertretung die Einrichtung der Tempo-30 km/h-Zone für den gesamten Eggeweg bereits beschlossen habe. Das Gremium sei nun darauf angewiesen, dass die erforderlichen Mittel durch den Rat der Stadt nach Vorschlag durch den Kämmerer im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2010 bewilligt werden.

-.-.-

### **Zu Punkt 2**

### **Tempolimit von 30 km/h auf dem gesamten Eggeweg**

Frau Pfaff zeigt sich im Hinblick auf das unter TOP 1 angeführte Schreiben unzufrieden. Da Fahrpläne in gewissen Abständen durch moBiel

verändert würden, könnten geänderte Zeiten, die durch eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h entstünden, zum nächsten Fahrplanwechsel durchaus berücksichtigt werden. Frau Pfaff regt an, die Vorfahrtsregelung im unteren Eggeweg („rechts vor links“) der bestehenden Regelung im oberen Eggeweg anzupassen. Dadurch würde der Forderung des Amtes für Verkehr, aus Gründen der Verkehrssicherheit solle innerhalb einer Tempo-30-Zone im Verlauf einer durchgehenden Straße nach der Straßenverkehrsordnung eine stetige Vorfahrtregelung erfolgen, Rechnung getragen. Sie erkenne aber auch das Problem eines Wegfalls der Rechts-vor-Links-Regelung am Hortweg.

Frau Schneider erwidert, dass bei dieser Lösung im unteren Eggeweg außerdem eine Gehwegüberfahrt entfernt werden müsse. Es bliebe das Problem für moBiel, ständig an Einmündungen mit der Vorfahrtsregelung „rechts vor links“ die Fahrt abrupt zu verlangsamen, mit entsprechenden Komforteinbußen für die Fahrgäste.

Herr Heimbeck befürchtet einen über Jahre dauernden Entwicklungsprozess. Er hält ein sofortiges Handeln für erforderlich und schlägt vor, die Regelung „rechts vor links“ am Hortweg hervorzuheben, im oberen Eggeweg aus Gründen der Einheitlichkeit Tempo-30 km/h anzuordnen und den Bau der erforderlichen Gehwegüberfahrten sukzessiv zu betreiben.

Herr Brunnert betont, dass das Amt für Verkehr die Einheitlichkeit der Vorfahrtregelung in der durchgehenden Straße für erforderlich halte. Das spreche aber dafür, Tempo-30 km/h möglichst schnell für den gesamten Eggeweg einzurichten. Er schließe sich außerdem den Ausführungen von Herrn Heimbeck an.

-.-.-

### Zu Punkt 3

#### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 23.04.2009**

Frau Pfaff erinnert daran, dass die auf Seite 20 unter Punkt 13.2 zitierte Ankündigung des Amtes für Verkehr, auf dem Hochbordradweg Artur-Ladebeck-Straße an der Einfahrt bzw. den Ausfahrten zum Parkplatz und der Tankstelle am Marktkauf Radpiktogramme zu markieren, noch nicht umgesetzt worden sei.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 23.04.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 4

### Mitteilungen

#### 1. Schriftstücke

Mit der Einladung versandt:

- Amt für Verkehr: Protokoll der Beratungen der Bielefelder Unfallkommission 2009 – II am 29. April 2009 (Auszüge)

(Frau Pfaff merkt dazu an, dass aus dem Bericht künftig auch hervorgehen sollte, wie viele Radfahrer unverschuldet an einem Unfall beteiligt gewesen seien. Auf eine Nachfrage erklärt Herr Ellermann, dass die im Bericht erwähnten „Senioren“ Menschen ab dem 65. Lebensjahr seien und stellt klar, dass der zweite Satz im Absatz „Mobile Senioren“ so zu verstehen sei, dass bei 129 Unfällen Personen verletzt wurden.)

- Haushaltsplan 2009

#### 2. Geschwindigkeitsüberwachung auf dem oberen Eggeweg

Das Amt für Verkehr teilt mit:

In der Verkehrskommission (Vertreter von Polizei, Straßenbulasträger und Straßenverkehrsbehörde) am 26.05.09 wurde die Verkehrssituation auf dem Eggeweg behandelt. Die Polizei hat zugesagt, auf dem oberen Eggeweg Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen sowie die Überwachung des LKW - Durchfahrverbots zu überprüfen.

Außerdem wurde die Aufstellung des Geschwindigkeitsdisplay für den oberen Eggeweg erneut in die Warteliste aufgenommen. Aufgrund der zahlreichen Nachfragen bestehen zurzeit Wartezeiten von ca. 2 Monaten.

(Frau Schneider ergänzt, dass sich interessierte Anwohnerinnen und Anwohner auch beim Verkehrsclub Deutschland – VCD ein Display gegen Entgelt mieten könnten.

Frau Stude verneint die Frage von Herrn Witte, ob es rechtliche Möglichkeiten gebe, Radio Bielefeld die Nennung von Standorten der Radarmessgeräte zu untersagen. Frau Wehmeyer berichtet, dass ihr Radio Bielefeld auf Anfrage telefonisch erklärt habe, dass sich Fahrzeugführer nach einer Radiodurchsage auf dem gesamten Straßenabschnitt mit angepasster Geschwindigkeit bewegen würden und somit ein gewünschter Effekt erzielt werde.)

#### 3. Ausschreibung Konrektorinnenstelle Martinschule

Die Stelle einer Konrektorin / eines Konrektors für die Martinschule ist von der Bezirksregierung Detmold ausgeschrieben worden.

#### 4. Briefwahl

In der Filiale der Bürgerberatung Gadderbaum kann aus personellen

Gründen keine Briefwahl vor Ort durchgeführt werden. Es können dort allerdings Briefwahanträge oder ausgefüllte Briefwahlunterlagen zu den Sprechzeiten abgegeben werden. Der Versand von Briefwahlunterlagen ist im Übrigen kostenfrei.

(Frau Schneider erklärt nach einer kurzen Diskussion, dass sie sich für die Anbringung eines Hausbriefkastens der Stadt Bielefeld vor der Filiale einsetze, der jeweils vor Ende der Wahlzeit geleert werde.)

## **5. Vorstellung von Frau Manschmidt, v.B.A. Bethel, Bereich Schulen**

Frau Barbara Manschmidt stellt sich kurz vor. Sie habe als Geschäftsführerin die Leitung des Bereichs Schulen am 01.06.09 vom früheren Vorstandsmitglied, Dr. Engels, übernommen.

-.-.-

### **Zu Punkt 5**

#### **Anfragen**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

#### **Wiederherstellung von Wegen**

#### **Mündliche Anfrage von Frau Herting (Bündnis90/Die Grünen):**

Wann werden die Wege zwischen Richard-Wilmanns-Weg und Haus Abendfrieden wieder in einen begehbaren Zustand gebracht und beleuchtet?

Begründung (schriftlich nachgereicht):

„Zwischen Abendfrieden und Richard-Wilmanns-Weg sind im Frühjahr umfangreiche Baumfällaktionen durchgeführt worden. Dabei wurden alle Laternen, die sicher vorher schon marode waren, so beschädigt, dass sie entfernt wurden. Außerdem wurden die Wege durch die großen Fahrzeuge so stark beschädigt, dass Sie von den älteren Bewohnerinnen der Altersheime mit Rollatoren nicht mehr befahren werden können. Die Wegeachse vom Remterweg, zwischen Abendfrieden und altem Friedhof zum Richard-Wilmanns-Weg ist ein sehr häufig genutzter Weg, da dies die schnellste fußläufige Verbindung aus dem Betheltal zur Promenade ist.“

Herr Ellermann antwortet, dass sich die betroffenen Grundstücke bzw. Wegeverbindungen im Eigentum der v.B.A. Bethel befänden. Nach Rücksprache mit dem Immobilienmanagement der v.B.A. Bethel sei weder die Finanzierung neuer Wege, noch die einer Beleuchtung gesichert. Daher könne derzeit keine Aussage zum Zeitpunkt einer Wiederherstellung gemacht werden.

Frau Herting regt an, die Wegeverbindung aus Sicherheitsgründen zu sperren. (Anmerkung des Schriftführers: Die Anregung wurde an das Immo-

lienmanagement Bethel weiter gegeben.)

Herr Kögler schlägt vor, die Forstverwaltung Bethel auf die zahlreichen zerstörten Waldwege mit der Bitte um Instandsetzung hinzuweisen.

Frau Schneider erwidert, dass Sie plane, den Revierförster in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Einrichtung einer Nordic-Walking-Strecke Bethel** **(Berichterstattung: Herr Brüggensieker, v.B.A. Bethel)**

Herr Brüggensieker, v.B.A. Bethel (Sozialpädagoge), präsentiert mit Hilfe einer Straßen- und Wegekarte die mögliche Wegführung von Nordic-Walking-Strecken (Entwurf). Ziel sei es, die Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren. Ausgehend vom Gadderbaumer Freibad seien drei Routen unterschiedlicher Länge geplant, die auf dem angrenzenden Parkplatz mittels Schild farblich dargestellt würden. Ansonsten werde es keine weiteren Schilder an den Strecken geben, sondern lediglich kleine farbliche Markierungen direkt auf den Baumrinden. Die Kosten trügen die v.B.A. Bethel, wobei die Pflege durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bethels sicher gestellt werde. Ein kleiner Teil der Streckenführung solle über das Gebiet des Stadtbezirkes Mitte verlaufen (Promenade). Sowohl der Vorstand der v.B.A. Bethel, als auch die Betriebskrankenkasse Diakonie würden das Vorhaben begrüßen, zumal sich das Konzept an den „Nordic-Walking-Parks“ anderer Städte orientiere. Der Revierförster Bethels und das Umweltamt der Stadt Bielefeld hätten bereits ihre Zustimmung gegeben, der Immobilienservicebetrieb sei bereits kontaktiert worden. Soweit das Einverständnis privater Waldbesitzer erforderlich sei, werde es selbstverständlich noch eingeholt.

Frau Pfaff empfiehlt Herrn Brüggensieker, sich mit den Gadderbaumer Sportvereinen zwecks Kooperation zur genauen Wegstreckenführung in Verbindung zu setzen.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **"Ab in die Mitte": Projekt "Mensch Bielefeld! - Begegnungen im Zentrum"**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Weiterentwicklung des Wettbewerbsergebnisses "Kernbereich Bethel" (Stadtumbau West)

#### Berichtsgrundlagen:

BV Gadderbaum, 10.04.2008, TOP 6, Drucks. Nr. 5078 (Stadtumbau Bethel)

BV Gadderbaum, 12.06.2008, TOP 6, Drucks. Nr. 5417 (Auslobung Wettbewerb)

BV Gadderbaum, 27.11.2008, TOP 8, Drucks. Nr. 6165 (Wettbewerbsergebnis)

Herr Moog, Bauamt, berichtet zur Weiterentwicklung des Wettbewerbsergebnisses „Kernbereich Bethel“ anhand des Siegerentwurfs. Mit dem ersten Preisträger seien seitens der v.B.A. Bethel und der Stadt Bielefeld Gespräche im März und im Mai geführt worden, um die weitere Entwicklung zu erörtern. In Kooperation mit den Planungsbüros (Arbeitsgemeinschaft De Zwarte Hond / Breimann & Bruun) habe man gemeinsam festgelegt, mit der Entwicklung des Grünzuges beginnen zu wollen. Der erste Bauabschnitt würde daher zwischen Maraweg und Handwerkerstraße liegen, zumal der Durchlass am Bauhofweg (Bohnenbach) wegen Sanierungsbedürftigkeit einen Handlungsschwerpunkt darstelle. Entsprechende Fördergelder würden über das Bauamt beantragt.

Herr Heimbeck fragt nach dem weiteren zeitlichen Ablauf.

Herr Moog antwortet, dass das nächste gemeinsame Gespräch mit den Planungsbüros Anfang Juli 2009 beabsichtigt sei. Nach einer weiteren Konkretisierung der Entwurfspläne durch die Planungsbüros seien entsprechende vertragliche Vereinbarungen nebst einem Stadtumbauvertrag zur Finanzierung, Unterhaltung etc. mit den v.B.A. Bethel das Ziel.

Auf Nachfrage von Herrn Kögler erwidert Herr Moog, dass die freie Fläche am Quellenhofweg zwischen dem Hotel Lindenhof und den Gaskugeln derzeit nicht Gegenstand von Planungen sei, zumal das Stück nicht innerhalb des Wettbewerbsgebietes liege. Allerdings gelte es, das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept Stadtumbau Bielefeld (I-SEK Bielefeld) in seinen genauen Grenzen zu einem späteren Zeitpunkt durch die politischen Gremien festlegen zu lassen.

Herr Witte erkundigt sich nach der Gesamtfinanzierung des Projektes.

Herr Moog erklärt, dass man nach der Festlegung konkreter Maßnahmen Förderanträge stellen werde. Das Förderverfahren für den Wettbewerb sei abgeschlossen, in Kürze werde der Bezirksregierung ein Verwendungsnachweis vorgelegt. Ein weiterer Zuwendungsbescheid sei mittlerweile für den ersten Bauabschnitt (zwischen Maraweg und Handwerkerstraße) eingegangen. Die Förderdauer ende im Jahre 2013.

Auf Nachfrage von Herrn Baum stellen Frau Schneider und Herr Moog klar, dass das Wettbewerbsgebiet in seinen Grenzen bereits politisch festgelegt worden sei, nicht jedoch das Stadtumbaugebiet, welches durchaus um einige Parzellen größer ausfallen könne. Der Förderantrag könne nur Maßnahmen beinhalten, denen die v.B.A. Bethel zugestimmt hätten, wie z.B. den Abriss des Hauses Badeweg 9, Entwicklung eines Grünzuges durch Offenlegung des Bohnenbachs und Erneuerung des Durchlasses am Bauhofweg. Heute gelte es lediglich

der Bezirksvertretung darzulegen, wie die weitere Entwicklung und Zusammenarbeit aller anderen Akteure stattgefunden habe.

Herr Heimbeck fragt, ob der Rückbau des Bauhofweges und die Freilegung des Bohnenbaches in dem Bereich bereits endgültig abgestimmte Maßnahme mit den v.B.A. Bethel sei.

Herr Sprenger, v.B.A. Bethel, erwidert, dass der Abstimmungsprozess innerhalb der v.B.A. Bethel noch nicht abgeschlossen sei, schließlich würden hohe Kosten entstehen. Außerdem müsse noch festgelegt werden, welche Gebäude künftig definitiv aufgegeben werden könnten. Der unproblematischste Bereich befinde sich zwischen Maraweg und Handwerkerstraße, weshalb dort der erste Bauabschnitt mit der Offenlegung des Bohnenbaches liegen solle. Da der Durchlass am Bauhofweg sehr marode sei, habe man abgewogen, ob eine Erneuerung oder eine Offenlegung in Frage komme. Auch aufgrund von Verkehrszählungen fänden Abstimmungsgespräche mit dem Architekten statt. Heute gelte es lediglich der Bezirksvertretung zu signalisieren, dass an Lösungen weiter gemeinsam gearbeitet werde. Gerade im Hinblick auf die zu planenden Radwegeverbindungen könne es sinnvoll sein, die Grenzen des Wettbewerbsgebietes in geringem Umfang zu überschreiten.

Herr Witte merkt kritisch an, dass die Ergebnisse eines langwierigen und teuren Wettbewerbsverfahrens nun wieder in Frage gestellt würden und offenbar Umplanungen erforderlich seien.

Frau Schneider erwidert, dass immer Klarheit darüber geherrscht habe, dass sich ein längerer Prozess noch anschließen müsse, der insgesamt bis zum Jahre 2030 angelegt sei und in den die in Bethel lebenden Menschen eingebunden werden müssten. Immerhin würden die Preisträger diesen begleiten und die Wettbewerbsergebnisse somit weiter entwickeln.

Herr Moog ergänzt, dass das Wettbewerbsverfahren vorrangig dazu gedient habe, den Bewerber herauszufiltern, mit dem man sich eine gemeinsame Weiterentwicklung des Konzepts vorstellen könne.

Frau Schneider bedankt sich für die frühzeitige Sachstandsmitteilung in der Bezirksvertretung.

-.-.-

## **Zu Punkt 9**

### **Planungsstand Modernisierung und Umgestaltung Park- und Festplatz Johannisberg**

Herr Wörmann, Umweltamt, erklärt, dass bereits in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 23.04.2009 Grundzüge der geplanten Modernisierung und Umgestaltung des Festplatzes am Johannisberg durch Herrn Frank vorgestellt worden seien. Seinerzeit sei man optimistisch gewesen, den Planungsauftrag zügig erteilen und den Mitgliedern der Bezirksvertretung zur heutigen Sitzung eine Vorlage präsentieren zu können. Nach einigen Irritationen bezüglich der Auslegung des Art. 104 Grundgesetz sei man nun nach Rücksprache mit der Bezirksre-

gierung optimistisch, in der nächsten Woche ein Planungsbüro beauftragen zu können, um im Oktober mit den Baumaßnahmen zu beginnen. Ziel des Konjunkturprogramms aber auch der Verwaltung sei, noch in 2009 Aufträge an die Unternehmen erteilen zu können. Daher gelte es nun im Hinblick auf die knappe Zeit, zügig – trotz bevorstehender Sommerpause der Gremien – weiter zu arbeiten.

Herr Wörmann schlägt die Bildung einer Arbeitsgruppe vor, die relativ kurzfristig einberufen werden könnte, um in allen Planungsphasen beteiligt zu werden. In der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 27.08.2009 werde das Umweltamt selbstverständlich wieder zum aktuellen Sachstand berichten. Er erwähnt, dass die konkreten Planungen zum Informationscenter wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden könnten. Im Hinblick auf die Umgestaltung der Umgebung des Zwangsarbeiterdenkmals gebe es die Überlegung, den Grundriss einer Baracke optisch auf dem neuen Belag des Festplatzes abzubilden. Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss werde sich am 16.06.2009 mit der Modernisierung und Umgestaltung des Platzes beschäftigen.

Auf Nachfrage von Herrn Wörmann verzichten die Mitglieder der Bezirksvertretung auf eine erneute Präsentation der grundlegenden Konzeptionen, da ein entsprechender Plan bereits in der letzten Sitzung vorgelegt und erläutert worden ist (vergl. BV Gadderbaum, 23.04.2009, öffentlich, TOP 8).

Frau Schneider schlägt vor, dass die Arbeitsgruppe „Spielplätze / öffentliches Grün / Jugend“ an den weiteren Planungsphasen mitwirkt. Dagegen erhebt sich aus der Mitte der Bezirksvertretung kein Widerspruch.

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße "Kneippweg"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6760/2004-2009

Herr Brunnert regt an, bei derartigen Vorlagen künftig die Höhe der Kosten bzw. des umlagefähigen Aufwands zu Beginn der schriftlichen Begründung zu benennen. Das gelte auch für die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 11.

### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat der Stadt: Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße Kneippweg von Virchowstraße bis Wendehammer“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11**

**Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in dem Verbindungsweg zwischen Langenhagen und Kneippweg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6761/2004-2009

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat der Stadt: Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in dem Verbindungsweg zwischen Langenhagen und Kneippweg“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 12**

(verhandelt nach Punkt 2)

**5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) für einen Teilbereich der Deckertstraße im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 7010/2004-2009 sowie

BV Gadderbaum, 08.02.2007, öffentlich, TOP 5.1, Drucksache 2009/3312

BV Gadderbaum, 29.03.2007, öffentlich, TOP 1

BV Gadderbaum, 31.05.2007, öffentlich, TOP 13

BV Gadderbaum, 16.08.2007, öffentlich, TOP 11

BV Gadderbaum, 13.09.2007, öffentlich, TOP 4, Drucksache 2009/4163

BV Gadderbaum, 15.11.2007, öffentlich, TOP 7

BV Gadderbaum, 17.01.2008, öffentlich, TOP 9.3

BV Gadderbaum, 15.05.2008, nichtöffentlich, TOP 16.1

BV Gadderbaum, 18.09.2008, öffentlich, TOP 8

BV Gadderbaum, 23.04.2009, öffentlich, TOP 13.4

Herr Groß, Bauamt, berichtet zur Vorlage unter Hinweis auf den Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 18.09.2008 bezüglich der Einleitung des Verfahrens zur Bebauungsplanänderung. Entsprechend der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung solle ein Teil der an das Schulgrundstück grenzenden Deckertstraße später als Schulhoffläche dienen. Dazu sei auch noch ein Straßeneinziehungsverfahren erforderlich. Das beschleunigte Verfahren nach § 13 a Baugesetzbuch beinhalte u. a., dass eine umfangreiche Umweltprüfung entfalle. Aufgrund der übersichtlichen Planung sei das vertretbar.

Herr Groß beantwortet anschließend Fragen zur Flächendarstellung in den der Vorlage beigefügten Plänen. Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss werde voraussichtlich in der Sitzung am 16.06.09 über die Vorlage abstimmen.

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/1/12.01 für den Teilbereich der Deckertstraße zwischen Quellenhofweg und Artur-Ladebeck-Straße ist gemäß § 1 (8) BauGB zu ändern. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan M 1:500 (im Original) mit blauer Farbe vorgenommener Abgrenzung verbindlich.
2. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) soll als beschleunigtes Verfahren gem. § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt werden.
3. Der Änderungsbeschluss ist gem. § 2 (1) BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gem. § 13 a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Änderung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt und wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren kann und bis wann Äußerungen hierzu möglich sind.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

### **Sondermittel der Bezirksvertretung**

Zu Punkt 13.1

### **Verwendung von Sondermitteln (Erläuterung eines Antrages der Freiwilligen Feuerwehr Gadderbaum/Bethel)**

Herr Last, Freiwillige Feuerwehr Gadderbaum/Bethel, begründet den schriftlichen Antrag auf Sondermittel vom 13.05.2009. Für die Brandschutzwoche solle mittels Postwurfsendung innerhalb des Stadtbezirkes geworben werden. Die Verteilung erfolge durch die Kräfte der Feuerwehr, allerdings würden Herstellungskosten fällig, um die ca. 5.300 Haushalte zu bedienen.

Herr Witte kündigt einen schriftlichen Antrag des Gadderbaumer Heimatvereins an, in dem um einen Zuschuss für die Anschaffung einer Festplatte und für Materialkosten zur Reparatur des Weihnachtsmarkthäuschens gebeten werde.

### **Beschluss:**

Die Freiwillige Feuerwehr Bielefeld, Löschabteilung Gadderbaum / Bethel, erhält aus den Sondermitteln der Bezirksvertretung Gadderbaum einen Betrag in Höhe von 500,00 Euro, um für eine Brandschutzwoche Handzettel anfertigen zu lassen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13.2 Verwendung der Sondermittel für Grundschulen**

Auf Vorschlag aller Fraktionen sowie der Einzelvertreter von BfB und FDP ergeht folgender

**Beschluss:**

**Die im Haushaltsplan 2009 im Teilergebnisplan „Innere Verwaltung - Stadtbezirksmanagement Gadderbaum“ unter Ziffer 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ (Haushaltsplan 2009, Seite 269) enthaltenen Sondermittel für die Grundschule im Stadtbezirk Gadderbaum in Höhe von 182,00 Euro sollen der Martinschule für schulische Sachausgaben zur eigenständigen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14 Zwölf-Stunden-Schwimmen im Gadderbaumer Freibad; Vorschlag zur Vergabe von Pokalen oder Medaillen der Bezirksvertretung**

Frau Pfaff erklärt, dass der Förderverein des Freibades Gadderbaum zum 08. August 2009 ein 12-Stunden-Schwimmen von 07:00 bis 19:00 Uhr plane. Sie erläutert das Rahmenprogramm. Der Wettbewerb solle ein besonderes Ereignis für Kinder, Jugendliche und Familien werden. Man könne als Einzelschwimmer oder als Gruppe teilnehmen. Jede geschwommene Bahn werde gezählt und dadurch die zurückgelegten Kilometer ermittelt. Man werbe in Schulen, Betrieben, Einrichtungen Bethels, Haus Pellahöhe etc., die Teams stellen könnten. Als Abschluss sei ein Fest mit einer Musikgruppe geplant. Man würde es sehr begrüßen, wenn sich die Bezirksvertretung mit einbringen würde. Denkbar wäre die Verleihung von Medaillen und Pokalen.

Herr Kögler ist der Auffassung, dass die Finanzierung bzw. Verleihung von Medaillen und (Wander-)Pokalen grundsätzlich Sache des Freibadvereins sei. Natürlich bleibe es der Bezirksvorsteherin unbenommen, aus ihren Verfügungsmitteln Auszeichnungen zu beschaffen.

Frau Schneider sagt zu, einen Wanderpokal oder Medaillen zu stiften und im Namen der Bezirksvertretung zu verleihen, falls der Freibadverein das wünsche. Sie werde diesbezüglich mit dem Verein Kontakt aufnehmen.

-.-.-

**Zu Punkt 15**

**Sachstandsbericht über die Sanierung von Schulaußenanlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6890/2004-2009

Herr Ellermann erklärt, dass der Zaun der Martinschule auf der zum Hoffnungstaler Weg gelegenen Seite ersetzt werden müsse. Gleichzeitig fände eine Höhenangleichung statt, um das Gelände zu ebnen.

**- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis -**

---

**Zu Punkt 16**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 16.1**

**Geschwindigkeitsmessung auf dem Ostwestfalendamm (BV Gadderbaum, 05.03.2009, TOP 4.1, Drucksache Nr. 6601/2004-2009)**

Dazu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

*„Es ist vorgesehen, die digitale Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem OWD bereits in 2009 zu installieren. Die Vorlage für die Installation und die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in 2009 für die neue Anlage auf dem OWD wird am 16.06.09 in den Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss und den Finanz- und Personalausschuss sowie am 25.06.09 in den Rat unter der Drucksachen Nr. 7038/2004 – 2009 eingebracht. Nach der Beschlussfassung durch die politischen Gremien schließt sich dann das Vergabeverfahren an, so dass mit dem Bau und der Inbetriebnahme der Anlage im Herbst 2009 gerechnet werden kann.“*

Frau Schneider ergänzt, dass die Polizei demnächst auch mit mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen Messungen auf dem OWD vornehmen werde.

---

**Zu Punkt 16.2**

**Verkehrsberuhigung im Kneippweg (BV Gadderbaum, 23.04.2009, TOP 5.1, Drucksache Nr. 6767/2004-2009)**

Dazu teilt das Amt für Verkehr mit Schreiben vom 28.05.2009 folgendes mit (Tischvorlage):

*„Die Verkehrssituation am Kneippweg im Bereich des Kinderspielplatzes am Wendeplatz wurde in der Verkehrskommission (Vertreter von Polizei, Straßenbaulastträger und Straßenverkehrsbehörde) am 26.05.09 behandelt. Vorab wurden die polizeilichen Unfalldaten der Jahre 2006 bis 2009 ausgewertet. Außerdem wurde mit einem Verkehrszählgerät gegenüber Hs. Nr. 5 in unmittelbarer Nähe zum Wendeplatz das Verkehrsaufkom-*

men und die gefahrenen Geschwindigkeiten in der Zeit vom 18. bis 20.05.09 gemessen.

### **Unfallsituation 2006 – 2009**

*Es haben sich keine Unfälle im gesamten Verlauf des Kneippweges ereignet. Es wurden lediglich 2 Bagatellunfälle auf dem Parkplatz registriert.*

### **Geschwindigkeit und Verkehrsaufkommen**

*Das Fahrzeugaufkommen in Fahrtrichtung Wendepplatz betrug 108 Fahrzeuge innerhalb von 2 Tagen. Das Verkehrsaufkommen ist sehr gering. Keines der gemessenen Fahrzeuge hat die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h überschritten. Da die Durchfahrt im Kneippweg im weiteren Verlauf mit Absperrpfosten abgegrenzt ist, findet dort ausschließlich Anliegerverkehr statt.*

### **Einrichtung einer Spielstraße oder eines verkehrsberuhigten Bereiches**

*Die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Spielstraße oder eines verkehrsberuhigten Bereiches liegen nicht vor. Eine Spielstraße ist nur dann möglich, wenn die Straße für jeglichen Fahrzeugverkehr gesperrt werden darf. Dies würde bedeuten, dass auch Anwohner und Anlieger (Post, Besuch, Umzugswagen, etc.) die Straße nicht befahren dürften. Diese Abbindung von fließendem Verkehr ist im Kneippweg nicht möglich, da sich hinter dem Wendepplatz die Zufahrt zu weiteren Grundstücken im Kneippweg befindet, die nicht anderweitig mit Fahrzeugen zu erreichen sind.*

*Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung sehen für die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches bestimmte örtliche und bauliche Voraussetzungen vor. Die Kennzeichnung solcher Bereiche setzt voraus, dass die in Betracht kommende Straße insbesondere durch geschwindigkeitsmindernde Maßnahmen überwiegend Aufenthalts- und Erschließungsfunktion hat. Die Straße muss aus Gründen der Verkehrssicherheit durch ihre Gestaltung den Eindruck vermitteln, dass die Aufenthaltsfunktion überwiegt und der Fahrverkehr eine untergeordnete Bedeutung hat. Die Fahrbahn im Kneippweg ist asphaltiert. Auf der Teilstrecke bis zum Wendepplatz ist ein einseitiger Gehweg angelegt. Es sind keine geschwindigkeitsmindernden Elemente wie z.B. Pflanzinseln vorhanden. Das Erscheinungsbild des Kneippweges im Bereich des Wendepplatzes erweckt nicht den Eindruck einer überwiegenden Aufenthaltsfunktion.*

*Handlungsbedarf für straßenverkehrsrechtliche oder Überwachungsmaßnahmen wird angesichts der oben beschriebenen Verkehrsverhältnisse übereinstimmend nicht gesehen. Vorsorglich weisen wir daraufhin, dass nach der Straßenverkehrsordnung das Spielen auf der Straße (dazu gehört auch die Fahrbahn der Wendeschleife) nicht zulässig ist.“*

Herr Spilker stellt die Frage, ob nicht die bloße Anwesenheit eines Verkehrszählgerätes die Verkehrsteilnehmer veranlassen könnte, langsamer als gewöhnlich zu fahren. (Anmerkung des Schriftführers: Nach Auskunft des Amtes für Verkehr ist ein Verkehrszähler ohne Geschwindigkeitsdisplay verwendet worden.)

Herr Witte stellt fest, dass nach seiner subjektiven Wahrnehmung die Geschwindigkeiten im Wendehammer höher seien. Er akzeptiere aber die Entscheidung der Verwaltung. Allerdings werde leider in der Antwort

offen gelassen, wie man die Kinder vom Spielen auf der Straße abhalten solle.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 18:55 bis 19:15 Uhr.

-.-.-

Schneider  
Bezirksvorsteherin

Ellermann  
Schriftführer